

Wir kommen zu:

4 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

Für die antragstellende Fraktion der SPD hat nun der Kollege Jochen Ott das Wort.

Jochen Ott (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Netflix-Generation würde man sagen: Jetzt neue Staffel mit einer neuen Hauptdarstellerin und einigen Umbesetzungen. – Kaiser Franz hätte gesagt: Schau'n mer mal, was kommt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Der Ministerpräsident hat jedenfalls heute Morgen mitgeteilt, dass Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt stehen. Dann möchte ich Sie doch einmal daran messen und auch ernst nehmen.

Ich möchte mit Ihnen darüber sprechen, dass ich von den Gesprächen im Jugendamt meiner Heimatstadt Köln sehr bewegt war. Dort haben die Jugendamtsmitarbeiter von verstärkten Suizidversuchen von Jugendlichen und von hohen seelischen Belastungen berichtet, die gerade in der Jugendhilfe auch aufgenommen worden sind. Wir wissen mittlerweile, dass Forscher der Uniklinik Essen bestätigt haben, dass etwa eine Verdreifachung der Suizidversuche bei Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren stattgefunden hat.

Der Marktforscher Stephan Grünewald, der sowohl im Expertenrat von Armin Laschet war als auch bei Bundeswirtschaftsminister Habeck Experte ist, hat bei einer Veranstaltung in der vergangenen Woche darauf hingewiesen, dass es für Kinder und Jugendliche jetzt um soziale Unterstützungsprogramme und um keine Druckbetankung in unseren Schulen geht. Deshalb möchte ich nun einige Zitate aus den vorliegenden Studien bringen.

Laut Copsy-Studie, der Befragung von Dezember 2020 bis Mitte Januar 2021, fühlen sich vier von fünf der befragten Kinder durch die Coronapandemie belastet. Ihre Lebensqualität hat sich deutlich verschlechtert. Sieben von zehn Kindern geben in der Befragung eine geminderte Lebensqualität an. Bei jedem dritten Kind kann man psychische Auffälligkeiten feststellen. Ängste und Sorgen haben deutlich zugenommen.

Im IQB-Bildungstrend dieses Jahres ist deutlich geworden, dass es einen enormen Kompetenzrückgang bei Kindern und Jugendlichen gibt. Dieser entspricht etwa einem Drittel eines Schuljahres beim Lesen, einem halben Schuljahr beim Zuhören, einem Viertel eines Schuljahres in Orthographie, einem Viertel eines Schuljahres im Fach Mathematik. Und wir stellen fest, dass insbesondere Kinder aus Familien mit einem schwächeren sozioökonomischen Status besondere Schwierigkeiten haben.

Ich will aber darauf hinweisen – das kann man in einem Interview mit Professorin Stamm im aktuellen SPIEGEL nachlesen, die sich gerade in diesen Tagen mit den Folgen der Hochleistungsgesellschaft für unsere Kinder beschäftigt –, dass bereits vor der Pandemie die meritokratische Leistungsgesellschaft an ihre Grenzen gekommen ist. Wenn alle Bereiche des Lebens unter Wettbewerbsgesichtspunkten und unter den Gesichtspunkten des Homo oeconomicus stehen, dann darf man sich nicht wundern, dass das irgendwann zu psychischen Folgen führt und Kinder belastet sind. Deshalb ist es aus unserer Sicht gerade in der jetzigen Zeit besonders wichtig, dass verantwortliche Erwachsene Verantwortung für das Wohl unserer Kinder übernehmen.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Wenn mehr als 30 % der Kinder in unserem Land unter seelischen Beeinträchtigungen leiden, dann ist es unsere Aufgabe als Politik, uns darum zu kümmern. CDU und Grüne sind gewählt. Sie machen hier jetzt die Bildungspolitik. Ihr habt konkret die Macht dazu, das Leben der Kinder und Jugendlichen in unserem Land durch konkrete Politik zu verbessern.

(Beifall von der SPD)

Der Ministerpräsident ruft dazu auf, auf den Nachbarn achtzugeben. Ich sage: Gebt acht auf die Kinder in unserem Land!

(Beifall von der SPD)

Wir haben in der Vergangenheit bei der CDU nicht festgestellt, dass sie sich überhaupt – das sieht man auch jetzt wieder – für die Bildungspolitik in diesem Land interessiert. Es gab sie de facto nicht.

Die Grünen haben in vielen Punkten unsere Position geteilt, wir die Position der Grünen. Deshalb setze ich darauf, dass die Grünen das, was sie in Oppositionszeiten hier beantragt haben, jetzt mit nach vorne tragen.

Ich setze auch darauf – die ersten Wochen fand ich ermutigend –, dass die neue Ministerin die Bereitschaft zur Zusammenarbeit an dieser Stelle umsetzt.

Es geht jetzt darum, die Kinder in den Mittelpunkt zu stellen. Eine nachhaltige und systematische Bewältigung der Coronapandemie ist nicht Sache einzelner Lehrpersonen. Wir haben die Verantwortung, den

Lehrpersonen den nötigen Freiraum zu geben, den Schulen die Unterstützung zu geben, damit das gelingen kann. Passive Ignoranz, indem man beispielsweise einfach Klassenwiederholungen hinnimmt und so tut, als ob die Stundentafel einfach so bleiben kann, wie sie ist, und Klassenarbeiten einfach weiter so geschrieben werden, wie sie gerade stattfinden, das – da bin ich ganz bei Professor Karutz, der vor Kurzem in Mülheim eine große Untersuchung zu diesem Thema durchgeführt hat – wäre unterlassene Hilfeleistung.

Wir als Landesparlament und als verantwortliche Politiker in diesem Land ...

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Ich komme zum Schluss; keine Sorge, Frau Präsidentin.

... sollten festhalten: Unsere Schulen sind für die Kinder da und nicht umgekehrt. Deshalb geht es jetzt darum, sich mit großem Augenmerk in diese Debatte zu begeben.

Wir freuen uns auf die Debatte im Ausschuss. Wir werden dazu eine Anhörung beantragen und hoffen sehr, dass das, was heute Morgen als Wortgeklingel angekündigt worden ist, in der konkreten Politik für die Menschen in unserem Land erkennbar wird.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Herr Kollege Jochen Ott. – Nun hat für die CDU die Kollegin Claudia Schlottmann das Wort.

Claudia Schlottmann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat heute Morgen das zentrale Thema der neuen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen erläutert. Wir stellen Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt. Dazu gehört natürlich, stets und ständig zu beobachten, welche Auswirkungen Corona auf unsere Kinder und Jugendlichen hat.

Teile dieser Auswirkungen zeigt leider auch die von Ihnen angesprochene Copsy-Studie. Die psychosoziale Gesundheit unserer Schülerinnen und Schüler hat durch die Pandemie und den harten Lockdown gelitten. Hier wird uns deutlich aufgezeigt, dass die Schule viel mehr ist als nur ein Ort des Lernens. Sie ist auch ein Ort der Begegnung und des sozialen Miteinanders. Ebenso sind Sport und Freizeitangebote von erheblicher Bedeutung.

Die Schule sowie diese Angebote stellen den Mittelpunkt des Soziallebens von Schülerinnen und Schülern dar. Umso schöner und vor allen Dingen auch wichtiger ist es, dass diese Angebote nun wieder stattfinden, Sportvereine und Jugendtreffs geöffnet

sind und den Kindern und Jugendlichen das anbieten, worauf sie verzichten mussten.

Die Aufarbeitung der letzten Monate bedeutet eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialarbeiterinnen und -arbeitern sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. Dieses Personal muss ein fester Bestandteil des Schulalltags sein, welches die Lehrkräfte in unseren Schulen logischerweise sind. Es unterstützt die Schülerinnen und Schüler, um sie zu stärken, sie mitzunehmen, zu fördern, damit sie die psychischen Auswirkungen der Coronapandemie so gut wie möglich verarbeiten.

Bereits in der vergangenen Legislatur haben wir kontinuierlich die Stellen der Schulpsychologie ausgebaut. Ebenso haben wir mit dem schulscharfen Sozialindex eine Verteilung von finanziellen und personellen Ressourcen für besonders herausgeforderte Schulen geschaffen.

Auch in der neuen Legislatur arbeiten wir an der Entwicklung von Standards für die Schulsozialarbeit. Bereits im Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen haben wir uns darauf geeinigt, mehr Personal an unsere Schulen zu bringen. Die kurzfristig nicht zu besetzenden Lehrkräftestellen sollen temporär auch durch pädagogische Fachkräfte und unterstützendes Personal besetzt werden.

Ebenso haben wir im Zukunftsvertrag festgeschrieben, dass Bewegung, Spiel und Sport, aber auch attraktive Freiräume für Begegnungen wichtig sind für die Entwicklung junger Menschen. Deshalb sollen Kommunen mit einem auch inklusiv ausgestalteten Förderprogramm dabei unterstützt werden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einmal sehr klar und deutlich sagen: Wir werden alles dafür tun, dass es keine Schulschließungen geben wird. Dabei steht der Schutz von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern im Vordergrund.

Deswegen ist es wichtig, frühzeitig Handlungskonzepte zu entwickeln und zu kommunizieren. Dies haben wir bereits vor Ende der Sommerferien getan und so zum Beispiel rechtzeitig informiert, wie der Start in das neue Schuljahr aussehen wird.

Es ist unser Ziel, Distanzunterricht auch unabhängig von Corona jederzeit möglich zu machen, um Schülerinnen und Schülern, die nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können, ein adäquates Lernangebot machen zu können. In diesem Bereich haben wir bereits sehr viel getan, stehen aber weiterhin vor großen Herausforderungen, um die Auswirkungen der Coronapandemie auf unsere Schulen und Kinder aufzufangen und aufzuarbeiten.

Lassen Sie uns weiter gemeinsam daran arbeiten, die Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterstützen und durch diese herausfordernde Zeit der

Coronapandemie gewissenhaft und versiert zu begleiten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Frau Kollegin Schlottmann. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Kollegin Zingsheim-Zobel. Es ist ihre erste Rede in diesem Hohen Haus.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und Marcel Hafke [FDP])

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mein Referendariat mitten im Lockdown beendet. Jeden Morgen bin ich trotzdem zur Schule gefahren, um die Notbetreuung sicherzustellen. Die Stimmung wurde von Tag zu Tag schwieriger – nicht weil der Lernstoff nicht ausreichte, sondern, ganz im Gegenteil, weil der Berg an Unsicherheiten und Lernlücken immer größer wurde und die Sorge um Familie, Freundinnen und Freunde ins Unermessliche wuchs.

Als Lehrerin war die Situation wirklich nicht einfach. Fern der Notbetreuung war ich als Sonderpädagogin froh um jeden Kontakt zu meinen Schülerinnen und Schülern, um zu hören, dass alles okay ist. „Okay“ hieß meistens, dass meine Schülerinnen und Schüler nicht den ganzen Tag alleine waren, niemand im direkten Umfeld an COVID erkrankt war und sie zumindest aus dem Bett aufgestanden waren.

Wir Lehrkräfte wurden also einmal mehr nicht nur Wissensvermittlerinnen und Wissensvermittler, sondern auch Begleitende hinsichtlich aller Ängste, Trauer und Unberechenbarkeiten. Will sagen: Ja, die letzten Jahre haben uns hart getroffen – am härtesten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

Die ersten Lebensjahre eines jungen Menschen sind auch ohne Pandemiebedingungen – wir erinnern uns – herausfordernd. Der Lockdown und die Schulschließungen haben Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in eine soziale Isolation geführt. Doch auch die Schließung der Jugendhäuser, die Einstellung vieler Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bedeuteten einen großen Verlust und für den einen oder anderen jungen Menschen den Verlust einer verlässlichen und vertrauten Umgebung, wenn es zu Hause mal nicht so funktioniert hat.

Freunde nicht treffen zu können ist nicht einfach nur schade, es macht etwas mit jungen Menschen. Umso wichtiger ist es, dass wir von Sportvereinen über die Jugendhilfe bis zur Schule zukunftsorientiert und gemeinsam dafür sorgen, dass die Folgen der vergangenen Jahre aufgefangen werden und Schülerinnen und Schüler Unterstützung erfahren.

Die Ergebnisse der Folgebefragung im Rahmen der COPSY-Studie überraschen niemanden, der oder die sich mit der Pandemie ernsthaft auseinandergesetzt hat. Deshalb ist das Anliegen Ihres Antrags grundsätzlich richtig und uns wirklich wichtig. Das haben wir auch zusammen mit der CDU im Zukunftsvertrag festgehalten.

In Ihrem vorliegenden Antrag leiten Sie jedoch Maßnahmen ab, bei denen wir Zweifel haben, dass sie so, wie Sie sie beschreiben, wirklich zur Verbesserung der psychosozialen Unterstützung führen.

Nehmen wir als Beispiel die Forderung nach der Verteilung der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an Schulen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, auf der einen Seite fordern Sie einen festen Personalschlüssel zur Verteilung der Stellen an Schulen. Auf der anderen Seite fordern Sie eine besondere Rücksichtnahme auf den sozioökonomischen Status von Familien, die besonders belastet sind.

(Andrea Busche [SPD]: Natürlich!)

Ziel muss sein, dass Schulsozialarbeit fester Bestandteil von Schule wird. Ein fester Schlüssel verhindert allerdings, dass Handeln nach dem Grundsatz „Ungleiches ungleich behandeln“ wirklich zum Zuge kommt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Da war eure Position bisher aber immer anders!)

Wir wollen den schulscharfen Sozialindex überprüfen und so aufbauen, dass so viel Unterstützung an die Schulen kommt, wie sie sie brauchen, um bestmöglich unterstützt und gefördert zu werden. Das wird der Situation gerechter als das Gießkannenprinzip.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist neu!)

Wir werden bewährte Maßnahmen fortführen, aber auch schauen, was wir noch tun müssen. So wollen wir die 17 Nachhaltigkeitsziele stärker als bislang im Schulbereich berücksichtigen und zum gelebten Prinzip machen. Zwei Ziele finden auch hier maßgeblich Anwendung: Gesundheit und Wohlergehen und hochwertige Bildung. Dies wollen wir unter anderem mit präventiver gesundheitlicher Bildung stärken.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

In einem sind wir uns doch einig, liebe Kolleginnen und Kollegen, nämlich darin, dass wir jetzt junge Kinder stärken müssen, damit sie in der Zukunft starke Erwachsene sind.

Wir hätten wirklich gerne mit Ihnen über Ihren Antrag und das Anliegen im Fachausschuss diskutiert und um eine interfraktionelle Lösung gerungen. Daher finde ich es schade, dass wir heute direkt abstimmen. Feste Personalschlüssel ohne die Berücksichtigung

weiterer wichtiger Faktoren stellen wir infrage. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag heute ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Wir überweisen!)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank und herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede, Frau Kollegin. – Für die FDP hat nun Kollege Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Zingsheim-Zobel, auch von meiner Seite ein Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede.

Ich möchte mich aber auch für den Inhalt Ihrer Rede sehr bedanken. Als früheres Mitglied der Landesregierung, wenn auch in anderer Zuständigkeit, aber an vielen Debatten hier teilnehmend, möchte ich sagen, dass ich mir gewünscht hätte, dass sich Ihre Fraktion in den letzten beiden Jahren zu dem Themenfeld ähnlich geäußert hätte, wie Sie es heute getan haben. Das hätte sehr zur Versachlichung der Debatte, die wir seinerzeit geführt haben, beigetragen.

(Beifall von der FDP und Claudia Schlottmann [CDU] – Anhaltendes Lachen von Jochen Ott [SPD])

Ich kann mich daran erinnern, dass Vertreter Ihrer Fraktion im vergangenen Frühjahr die Forderung in den Raum gestellt haben, man könne den Präsenzunterricht nach Ostern direkt bis zu den Sommerferien aussetzen.

Wir, insbesondere meine Kollegin Yvonne Gebauer, sind gerade aus Ihrer Fraktion massiv dafür kritisiert worden, dass wir in Nordrhein-Westfalen dem Präsenzunterricht wo und wie immer möglich Vorrang eingeräumt haben. Heute sehen wir, wie wichtig das war und dass sich überall dort, wo es nicht umgesetzt werden konnte, ganz massive Nachteile bei den Schülerinnen und Schülern, insbesondere bei den ohnehin benachteiligten, zeigen.

Deswegen wünsche ich mir, liebe Frau Feller, liebe Vertreter der Landesregierung, dass Sie damit ernst machen, alles zu unternehmen, damit wir in den nächsten Monaten – ich hoffe nicht, Jahren – sagen können: Wir können den Präsenzunterricht an unseren Schulen in Nordrhein-Westfalen aufrechterhalten.

(Beifall von der FDP und Dr. Hartmut Beucker [AfD])

Lieber Herr Ott, ich will es Ihnen nicht ersparen, Ihnen einen SPD-Oberbürgermeister in Erinnerung zu rufen, der mal gesagt hat, jeder Tag, an dem kein Präsenzunterricht stattfindet, sei ein guter Tag.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Auch die Persönlichkeiten, die an den verschiedenen Stellen in unserem Land Verantwortung tragen, sollten sich vor Augen führen, was sie in den letzten beiden Jahren zum Teil dazu beigetragen haben, um sich jetzt umso mehr dafür zu engagieren, dass die Defizite ausgeglichen werden.

Wir sollten das nicht erneut mit sehr bildungsideologischen Ansätzen machen. Ich höre von Ihnen, Herr Ott, es gehe um Druckbetankung, der man entgegenwirken müsse.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD]: Ich habe den Berater Ihrer Landesregierung zitiert! Es war Ihr Berater!)

Wenn wir denen, die diese Defizite haben – es sind leider sehr viele, und die Defizite sind sehr erheblich, die Studien weisen das nach –, jetzt wirklich helfen wollen, dann brauchen wir beides. Wir brauchen einen besseren und zielgenaueren schulpсихologischen Dienst, Schulsozialarbeit, und wir brauchen die Lehrerinnen und Lehrer in hinreichender Präsenz in der Schule mit einer guten Schüler-Lehrer-Relation und entsprechenden Klassengrößen, damit das nachgearbeitet werden kann, was in den letzten zwei Jahren in der Schule versäumt worden ist.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Dr. Pinkwart ...

Prof. Dr. Andreas Pinkwart^{*)} (FDP): Beides gehört zusammen. Deswegen werde ich mir diesen Punkt in Ihrem Antrag noch stärker ansehen. – Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Es liegt eine Zwischenfrage von dem Kollegen Ott vor. Möchten Sie sie zulassen?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart^{*)} (FDP): Aber sehr gerne.

Jochen Ott (SPD): Herzlichen Dank. – Herr Pinkwart, vielleicht können Sie uns mal erklären, wie denn Ihrer Meinung nach die entstandenen Defizite, die wir auch durch die Bildungsstudie kennengelernt haben, konkret aufgearbeitet werden sollen.

Der Berater der Landesregierung und der Bundesregierung sagt in seinem Statement nur, dass das nicht die Lösung sein kann. Deshalb benutzt er den Begriff „Druckbetankung“. Erläutern Sie doch mal pädagogisch, wie das Aufholen laufen könnte.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart^{*)} (FDP): Ja, das kann ich sehr gerne versuchen.

Ich habe ja deutlich gemacht: Wir brauchen beide Aspekte. Es gibt soziale und auch psychologische Themen, die angesprochen werden müssen. Es gibt Probleme, die sehr tiefgreifend sein können. Die kann die Lehrerin bzw. der Lehrer im normalen Unterricht nicht ausgleichen. Dafür braucht es Fachleute, die wir, Gott sei Dank, haben.

Diese haben im Übrigen wir in der letzten Legislaturperiode, obwohl Rot-Grün sich das mal vorgenommen hatte, in Nordrhein-Westfalen zielgenau zum Einsatz gebracht, indem wir keinen kommunalscharfen Sozialindex mehr haben, sondern einen schulscharfen Sozialindex, für den sich auch Frau Zingsheim-Zobel in ihrem Beitrag ausgesprochen hat, eingeführt haben.

(Jochen Ott [SPD]: Und den Schulen dann kräftig weggenommen! Habt ihr denn das notwendige Personal eingesetzt?)

Es gilt, dies weiter zu stärken und das notwendige Personal dafür bereitzustellen. Das ist die eine Säule.

Die andere Säule ist tatsächlich die, Herr Ott, dass wir alles tun, um hochqualifizierte Lehrerinnen und Lehrer an unseren Hochschulen umfangreich auszubilden und schnell verfügbar zu machen. So tragen wir Sorge dafür, dass an den Schulen auch dann, wenn – möglicherweise in den nächsten Monaten – wieder krankheitsbedingte Ausfälle zu beklagen sind, der Unterricht möglichst zu 100 % sichergestellt werden kann. So ist auch in den nächsten Jahren sichergestellt, dass wir eine gute Versorgung unserer Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern haben.

Das, was jetzt an den Grundschulen und in der Sekundarstufe I versäumt worden ist, darf sich nicht fortschreiben. An diesen Defiziten muss grundlegend im Unterricht gearbeitet werden. Das können wir aber nicht erreichen, indem wir die Schüler weniger fordern oder geringere Anforderungen in den Klausuren stellen. Gerade das wäre auf Dauer insbesondere für die Schülerinnen und Schüler, über die wir heute reden, das falsche Rezept.

Wir müssen sie so stark machen wie nur möglich, damit sie später die gleichen Bildungs- und Arbeitsplatzchancen haben wie die anderen, von denen wir wissen, dass sie aufgrund der sozioökonomischen Bedingungen in ihren Elternhäusern bessere Voraussetzungen im Studium, bei der Berufsfindung haben.

Deswegen ist beides wichtig: Qualität in der Vermittlung von fachlichen Inhalten und eine gestärkte Schulsozialarbeit und Schulpsychologie. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall von der FDP)

In dem Sinne werden wir gerne Ihren Antrag im Ausschuss konstruktiv begleiten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Pinkwart. – Für die Fraktion der AfD spricht nun Carlo Clemens. Es ist auch seine erste Rede.

(Beifall von der AfD)

Carlo Clemens (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Zu Beginn seien zwei ketzerische Fragen gestellt: Waren es exzessive Coronamaßnahmen wie etwa Lockdowns oder Schulschließungen wert, die von Ihnen in Ihrem Antrag aufgelisteten Kollateralschäden bei Kindern und Jugendlichen herbeizuführen? Hat eine auch von der SPD auf allen Ebenen befürwortete Coronapolitik gerade den Jüngsten unserer Gesellschaft mehr geschadet als das Coronavirus an sich, das für Kinder und Jugendliche relativ ungefährlich ist?

Sie zitieren umfassend aus der Copsy-Längsschnittstudie, die die psychische Gesundheit und Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen untersucht. Selbst im Rahmen der dritten Befragungsrunde werden längst nicht die Werte präpandemischer Zeiten erreicht; Herr Ott hat schon einige Daten genannt.

Acht von zehn Kindern und Jugendlichen fühlen sich durch die Coronapandemie noch immer belastet. Psychosomatische Stresssymptome sind im Vergleich zu Vorcoronazeit immer noch weit verbreitet. Das Risiko für psychische Auffälligkeiten hat sich in der gesamten Coronazeit über alle Befragungsrunden auf hohem Level stabilisiert. Auch der Anteil derer, die die schulische Situation als anstrengend empfinden, ist anhaltend hoch.

Erstaunlicherweise stellt dieselbe Studie fest, dass mit zunehmender Lockerung auch Lichtblicke zu verzeichnen sind. Kinder und Jugendliche machen wieder mehr Sport, sitzen weniger vor Bildschirmen, haben weniger Streit in der Familie.

Die SPD stellt in ihrem Antrag richtige Dinge fest, doch traut sie sich nicht, die naheliegenden Schlüsse zu ziehen. Jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt verfügt bereits über ein ausdifferenziertes Hilfs- und Unterstützungsnetzwerk. Schulsozialarbeiter sind sowohl mit dem Jugendamt als auch zum Beispiel mit Stadtteilbüros vernetzt, die über einen Überblick über umfangreiche psychosoziale Dienstleistungs- und Therapieangebote verfügen.

In jeder Stadt können karitative, soziale und kirchliche Träger, Erziehungsberatungsstellen, Opferbe-

ratungsstellen, Psychotherapeuten kontaktiert oder ehrenamtliche und niedrigschwellige Hilfsangebote in Anspruch genommen werden. Es gibt für Familien mit Kindern den Familienunterstützenden Dienst. Es gibt Tagesmütter, die vom Jugendamt vermittelt und finanziert werden. Kommunen vernetzen und fördern Vereine, die Hilfsangebote in den Bereichen „Wohnen“, „Arbeit“, „Tages- und Freizeitgestaltung“ anbieten. Schulsozialarbeit wird mit Landesmitteln in Höhe von 57,7 Millionen Euro pro Jahr unterstützt, zuzüglich der kommunalen Eigenanteile.

Wer evaluiert denn, ob die vorhandenen Hilfsangebote ausreichend angezapft und ausgeschöpft werden, geschweige denn sinnvoll genutzt werden?

Ihr Antrag benennt explizit Risikofamilien, die sozioökonomisch schlechter dastehen und oft in bildungsfernen und räumlich beengten Verhältnissen leben. Die COPSY-Studie wiederum betont den Wert intakter familiärer Verhältnisse für die psychosoziale Gesundheit.

Was es also perspektivisch braucht: stabile Familien, ein stabiles Lernumfeld, das verantwortungsbewusste Persönlichkeiten formt, stabile soziale Kontakte ermöglicht und das Rüstzeug für den sozialen Aufstieg durch Bildung schafft.

Was es ergo nicht braucht: eine weitere Aufblähung der Sozial- und Betreuungsindustrie, die naturgemäß daran interessiert ist, sich selbst immer mehr Behandlungsfälle zu schaffen.

(Beifall von der AfD)

Was es sicherlich nicht braucht: Lehrkräfte mit noch mehr Pflichtfortbildungen zu überfrachten.

Schulsozialarbeiter und das Fachpersonal der Schulpsychologischen Dienste sollen auch weiterhin ihre begleitende und beratende Funktion wahrnehmen.

Wir brauchen nach zweieinhalb Jahren Ausnahmezustand eine Politik der Normalisierung, gerade in den Schulen, und keine Politik, die nur Symptombehandlungen von Problemen fordert, die sie selbst befeuert hat.

Dieser Antrag der SPD ist ein Schaufensterantrag mit Alibifunktion. Das wird an einer Sache deutlich: Die hausgemachten Probleme und psychosozialen Langzeitfolgen von Lockdown, Fernunterricht, Schulschließungen, Testregime, Maskenzwang, Impfdruck und gesellschaftlich forciertem Druck auf Ungeimpfte, auch vor und in Schulen, werden in dem Antrag mit keinem Wort problematisiert.

Wirkliche Lösungen für die Ursachen der Nachwirkungen der Coronapolitik liefern Sie nicht. Nein, Sie stellen selber noch einmal den Distanzunterricht in Aussicht. Mir graut es schon vor SPD-Gesundheitsminister Lauterbach, der die Kinder und Jugendlichen mit seiner Sprunghaftigkeit und seinen

Horror Meldungen bald wieder auf allen Sendern verunsichern wird.

Wenn wir die psychosoziale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und damit auch deren Bildungschancen tatsächlich verbessern möchten, lassen Sie uns darüber beraten, wie wir beständige Lern- und Unterrichtsbedingungen wiederherstellen, wie wir den Zusammenhalt und die Resilienz von Familien fördern und wie wir die Gesundheit sowie haltgebende und orientierungsstiftende Elemente in unserer Gesellschaft stärken können. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht nun Ministerin Feller.

Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die Coronapandemie hat unser Leben in den vergangenen zweieinhalb Jahren in vielen Bereichen bestimmt und beeinträchtigt. Und ja, besonders unsere Kinder und Jugendlichen sind von diesen Folgen betroffen. In der Schule, aber auch in der Freizeit kam es zu vielen Einschränkungen durch fehlende Freizeit-, Sport-, Begegnungsmöglichkeiten und Förderangebote.

Diese Zeit hat Spuren bei unseren Kindern und Jugendlichen hinterlassen. Es ist deswegen unsere gemeinsame Aufgabe, ihnen die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie gerade jetzt besonders benötigen.

Die Ergebnisse der COPSY-Studie haben wir ausgewertet und uns intensiv damit befasst. Wir stimmen mit der Bewertung der Notwendigkeit von Unterstützungen 100%ig überein.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der vorliegende Antrag spiegelt jedoch nicht wider, was unsere Schulen in diesem Bereich bereits leisten und welche Unterstützung sie bereits bekommen. Lassen Sie mich einige wenige Stichpunkte nennen, an denen das deutlich wird:

Erstens. Erste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für unsere Schülerinnen und Schüler bei persönlichen Problemen sind die ihnen vertrauten und gut ausgebildeten Lehrkräfte – die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer, die SV-Verbindungslehrkräfte und die Fachlehrkräfte. Sie kennen ihre Schülerinnen und Schüler so gut, dass sie Anzeichen von Veränderungen frühzeitig wahrnehmen, zudem besteht ein enges Vertrauensverhältnis.

Zweitens. Wir haben in unseren Schulen Beratungslehrkräfte, die hier eine wichtige Lotsenfunktion einnehmen. Sie sind besonders im Bereich der psychosozialen Bedürfnisse und Herausforderungen sensibilisiert und geschult. Sie können Schülerinnen und Schüler beraten und als Lotsinnen und Lotsen weitere Kontakte vermitteln, beispielsweise zu therapeutischen Einrichtungen.

Drittens. Auch die Schulpsychologie ist in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich gut aufgestellt und verankert, was durchaus bundesweit Beachtung findet. Sie leistet mit ihren speziellen Angeboten in Pandemiezeiten eine wichtige Unterstützungsfunktion. Daher haben wir in letzter Zeit zusätzliche Stellen für Schulpsychologen zur Verfügung gestellt und Schulpsychologinnen und Schulpsychologen eingestellt.

Viertens. Das Landesprogramm Bildung und Gesundheit hat während der Pandemie einen Arbeitsschwerpunkt auf Resilienzstrategien gelegt. Gemeinsam mit den gesetzlichen Krankenkassen werden hier viele Maßnahmen entwickelt, die die Netzwerkschulen unterstützen. Anfang August wurde die neue Kooperationsphase bis 2027 unterzeichnet. Das Schulministerium unterstützt dieses Programm ausdrücklich.

Viele Schulen in Nordrhein-Westfalen verfügen zudem schon über mindestens eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter. Sie sind wichtige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Die finanzielle Förderung der Schulsozialarbeit wurde von uns dauerhaft sichergestellt, und das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden die Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln und inhaltlich stärken. Der Fachkreis Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen bringt hierzu alle wichtigen Akteure der Schulsozialarbeit aus den Bereichen der Jugendhilfe, der Schule, der kommunalen Spitzenverbände und der Fachverbände zusammen und wird ein gemeinsames Konzept und Aufgabenprofile zur Schulsozialarbeit erstellen.

Bereits seit dem 28. Juli dieses Jahres liegt den Schulen das Handlungskonzept Corona vor. Damit haben wir den Schulen frühzeitig eine Hilfe zukommen lassen, um sich bestmöglich auf die Coronaherausforderungen in Herbst und Winter vorbereiten zu können, was bei den Schulen positiv angekommen ist. Einer weiteren Aufforderung dazu bedarf es nicht.

Abschließend betone ich noch einmal, dass das Thema der psychosozialen Belastungslagen von Kindern und Jugendlichen in Krisenzeiten für uns eine hohe Priorität hat. Uns und auch mir persönlich ist es wichtig, stetig weiter daran zu arbeiten. Ich freue mich auf den guten fachlichen Austausch im

Ausschuss zum Wohle unserer Kinder. Sie haben es verdient. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Frau Ministerin Feller. – Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/628 an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Stimmt jemand gegen die Überweisungsempfehlung? – Ich sehe niemanden. Wer stimmt für die Überweisung? – Das ist einstimmig. Somit ist die **Überweisungsempfehlung** einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zu:

5 Klimaziele einhalten und Gaslücke schließen – Kernkraft befristet länger nutzen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/607

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/777

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion der FDP spricht nun Herr Kollege Dietmar Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Wir hatten heute zur Energiesituation schon einige gute Debatten, die sich insbesondere auf die Kosten bezogen haben. Trotzdem ist es richtig und wichtig, jetzt das Thema „Versorgungssicherheit“ in den Vordergrund zu rücken. Denn trotz bisheriger Bemühungen droht für das kommende Jahr nach wie vor eine Versorgungslücke mit Erdgas. Wir müssen also alles unternehmen, um diese Versorgungslücke zu schließen. Das kann uns nur gelingen, wenn wir die Stromerzeugung aus Erdgas in einem erheblichen Maß verringern.

In Deutschland sind bisher nicht alle verfügbaren Optionen für den Ersatz von Erdgas in der Stromproduktion genutzt worden. Noch sind die drei in Deutschland befindlichen Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim in Betrieb. Eine zeitlich eng begrenzte Verlängerung über das geplante Enddatum im Dezember 2022 hinaus hätte zwei wichtige